

Einzureichen beim

Landesverwaltungsamt
 Nebenstelle Magdeburg
 Hakeborner Straße 1
 39112 Magdeburg

Antragsnummer

Eingangsdatum
 Nicht vom Antragsteller
 auszufüllen!

Antrag auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

SACHSEN-ANHALT SPORTSTÄTTENBAU

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung
 des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus

Erl. des MI vom 10.1.2018 - 36.21-52420

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

1. Angaben zum Antragsteller

1.1. Allgemeine Angaben

Name (ggf. Vereins-/Handelsregister)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Landkreis

Ansprechpartner/-in zum Förderantrag

Telefon (Vorwahl/Rufnummer)

Fax (Vorwahl/Rufnummer)

E-Mail

ggf. abweichende Postanschrift (Name, Straße, Hausnummer)

PLZ

Ort

ggf. weitere/-r Ansprechpartner/-in zum Förderantrag

Telefon (Vorwahl/Rufnummer)

Fax (Vorwahl/Rufnummer)

E-Mail

Vorsteuerabzugsberechtigt? nein ja mit

Prozent

Nur auszufüllen bei Antragstellung durch einen Sportverein:

Ist der Sportverein Mitglied des LandesSportBundes Sachsen-Anhalt e.V. (LSB)? ja nein

Gehört der Sportverein einem Landesfachverband außerhalb des Landes Sachsen-Anhalt an? ja nein

1.2. Bankverbindung

IBAN

D E

BIC

Kontoinhaber/ -in

Kreditinstitut

2. Angaben zur Fördermaßnahme

2.1. Sportstätte

Bezeichnung der Sportstätte

PLZ	Ort	Straße, Hausnummer
-----	-----	--------------------

Gemarkung	Flur(e)	Flurstück(e)
-----------	---------	--------------

Eigentümer der Sportstätte

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass sich die vom Vorhaben betroffenen Grundstücksfläche(n)/ Flurstücke(n):

- im Eigentum oder
- in der auf einem sonstigen dinglichen Recht (z.B. Erbbaurecht) basierenden Verfügungsmacht oder
- in der auf öffentlichem Recht basierenden Verfügungsmacht oder
- in der auf einer Nutzungsvereinbarung basierenden Verfügungsmacht oder
- _____

befinden.

Laufzeit bis (Jahr):		Bitte beachten: Die Restlaufzeit muss i.d.R. 15 Jahre betragen!
----------------------	--	---

2.2. Vorhaben

- | | | |
|--------|---|------------------------------------|
| 2.2.1. | <input type="checkbox"/> Sanierung der unter 2.1. bezeichneten Sportstätte (einschließlich Modernisierung, insbesondere durch den Einbau energiesparender Maßnahmen und umweltschonender Technologien). | gemäß Ziffer 2.2 a) der Richtlinie |
| 2.2.2. | <input type="checkbox"/> Erweiterung der Nutzbarkeit der unter 2.1. bezeichneten Sportstätte, insbesondere für den Behinderten- und Rehabilitationssport, den Gesundheitssport, den Seniorensport sowie für Trendsportarten und die Förderung einer geschlechtergerechten Nutzung. | gemäß Ziffer 2.2 b) der Richtlinie |
| 2.2.3. | <input type="checkbox"/> Umbau der unter 2.1. bezeichneten Sportstätte bzw. anderer Gebäude und Räumlichkeiten mit dem Ziel der sportlichen Nutzung. | gemäß Ziffer 2.2 c) der Richtlinie |
| 2.2.4. | <input type="checkbox"/> Neubau der unter 2.1. bezeichneten Sportstätte. | gemäß Ziffer 2.2 d) der Richtlinie |
| 2.2.5. | <input type="checkbox"/> Ausstattung der unter 2.1. bezeichneten Sportstätte als Erstausrüstung, soweit dies für die Funktionalität und den Betrieb der Einrichtung unabdingbar ist. Die Förderung einer Ersatzausstattung ist möglich, wenn die bisherige Ausstattung nachweisbar nicht mehr verwendet werden kann. | gemäß Ziffer 2.2 e) der Richtlinie |

2.3. Bau- und Maßnahmebeschreibung

2.3.1. Kurzbezeichnung der Maßnahme

2.3.2. Ausführliche Beschreibung des Vorhabens, Ziel, Begründung der Notwendigkeit (Bei Sanierungsmaßnahmen kann die Notwendigkeit der Maßnahme ggf. anhand von Fotos dokumentiert werden. Sollte der Platz nicht ausreichen, fügen Sie bitte ein gesondertes Blatt bei.)

3.3. Beantragter Zuschuss und Finanzierung der Maßnahmen

Eigenmittel	Summe in Euro	davon für das Jahr _____	davon für das Jahr _____
Barmittel			
Eigenarbeitsleistung			
Darlehen			
Sonstige Drittmittel (Spenden, Sponsoring)			
Summe der Eigenmittel			

Zuschüsse Dritter (Bitte bezeichnen, z. B. Lotto-Toto)	Summe in Euro	davon für das Jahr _____	davon für das Jahr _____
Weitere öffentliche Förderungen (Bitte bezeichnen)	Summe in Euro	davon für das Jahr _____	davon für das Jahr _____

	Summe in Euro	davon für das Jahr _____	davon für das Jahr _____
Beantragter Zuschuss (max. 50% der zuwendungsfähigen Ausgaben)			

	Summe in Euro	davon für das Jahr _____	davon für das Jahr _____
Summe der Finanzierungsmittel			

4. Dem Antrag beizufügende Unterlagen	
1. Demografiecheck Sportstättenbau gemäß Anlage 1 der Richtlinie (außer für Notfallsituationen, z. B. bei Schäden durch Einbruch, Vandalismus, Brand, Dacheinsturz oder Hochwasser oder wenn die Landeszuwendung 20.000 € nicht übersteigt)	<input type="checkbox"/>
2. Nachweis der Eigentumsverhältnisse (Grundbuchauszug) oder der Nutzungsberechtigung für die gesamte Dauer der Zweckbindung (z.B. Nutzungs- oder Pachtvertrag)	<input type="checkbox"/>
3. Darstellung der Maßnahme im Übersichts- und Lageplan im Maßstab 1:1000	<input type="checkbox"/>
4. Auszug aus der Liegenschaftskarte des betreffenden Grundstückes	<input type="checkbox"/>
5. Vorentwurfs- oder Entwurfszeichnungen, die Art und Umfang des Bauvorhabens prüfbar nachweisen	<input type="checkbox"/>
6. Bau- oder Raumprogramm (Raumnummer, Funktionsbezeichnung oder Fläche)	<input type="checkbox"/>
7. positiver Vorbescheid zur Bauanfrage oder Baugenehmigung	<input type="checkbox"/>
8. sonstige Genehmigungen (z. B. wasserrechtliche, naturschutzrechtliche, denkmalrechtliche)	<input type="checkbox"/>
9. Stellungnahme der unteren Denkmalschutzbehörde (bei denkmalgeschützten Gebäuden)	<input type="checkbox"/>
10. Baugrundgutachten/ ingenieurgeologisches Gutachten (bei Neubauten von Sportstätten)	<input type="checkbox"/>
11. Sportstättennutzung, Hallenbelegungsplan und Auslastung (Wochenzeitplan von Montag bis Sonntag)	<input type="checkbox"/>
11.1 Vorlage der kommunalen Satzung, aus der sich das Verfahren für die Vergabe der Nutzungszeiten ergibt oder anderer gleichwertiger Nachweise bzw. Vorlage der Benutzerordnung des Vereins oder anderer gleichwertiger Nachweise	<input type="checkbox"/>
11.2 Vorlage von Kooperationsvereinbarungen oder anderen geeigneten Unterlagen	<input type="checkbox"/>
12. Nachweis über die Ausgaben (drei vergleichbare Kostangebote je Los oder qualifizierte Kostenberechnung nach DIN 276 für Hochbauten, gegliedert nach Kostengruppen durch ein Ingenieurbüro)	<input type="checkbox"/>
13. Nachweis des Eigenanteils sowie der Drittmittel in entsprechender Höhe (Nachweis durch aktuellem Kontoauszug)	<input type="checkbox"/>
14. ggf. Stellungnahmen	
14.1 Bei Maßnahmen für den Hochleistungssport Stellungnahme des LandesSportBund Sachsen-Anhalt e.V., Stellungnahme des Trägervereins des Olympiastützpunktes Sachsen-Anhalt e.V., Stellungnahme des jeweiligen Spitzenverbandes	<input type="checkbox"/>
14.2 Bei Maßnahmen, die ein Landesleistungszentrum oder Landesleistungsstützpunkt betreffen Stellungnahme des LandesSportbund Sachsen-Anhalt e.V.	<input type="checkbox"/>

Für Sportorganisationen	
15. Vereinsregisterauszug mit Vertretungsberechtigung	<input type="checkbox"/>
16. eingetragene Vereinssatzung	<input type="checkbox"/>
17. aktueller Bescheid des Finanzamtes über die Freistellung von der Körperschaftssteuer	<input type="checkbox"/>
18. Einverständniserklärung des Eigentümers der Sportstätte, dass dieser mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens einverstanden ist	<input type="checkbox"/>
19. Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsicht, sofern sich die Kommune an der Finanzierung beteiligt und die festgelegten Bagatellgrenzen, bis zu denen eine kommunalaufsichtliche Stellungnahme grundsätzlich nicht vorzuliegen braucht, überschritten werden	<input type="checkbox"/>
20. Erklärung der Gemeinde, dass diese sich verpflichtet, bei Nichteinhaltung der Zweckbindungsfrist (z. B. wegen Insolvenz des Vereins oder des Unternehmens) weiterhin eine demwendungszweck entsprechende Nutzung der Sportstätte zu ermöglichen, falls sich das Grundstück, auf dem die zu fördernde Sportstätte steht, Eigentum der Gemeinde ist	<input type="checkbox"/>

Für Gemeinden, Verbandsgemeinden Landkreise	
21. Sportfachliche Stellungnahme des LandesSportBund Sachsen-Anhalt e.V.	<input type="checkbox"/>
22. haushaltsbegründende Unterlagen: Beschluss zur Haushaltssatzung oder Nachtragshaushaltssatzung des Antragstellers, Auszug aus dem Haushaltsplan für das laufende Jahr oder Haushaltsauszüge betreffend die eingestellten Mittel für die Einzelmaßnahme	<input type="checkbox"/>
23. Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsicht, sofern die festgelegten Bagatellgrenzen, bis zu denen eine kommunalaufsichtliche Stellungnahme grundsätzlich nicht vorzuliegen braucht, überschritten werden	<input type="checkbox"/>
24. Notwendige Ergänzungen zur Überprüfung der Beihilferelevanz (Bitte Anlage 522 023 ausfüllen)	<input type="checkbox"/>

Für kommunale Unternehmen	
25. Sportfachliche Stellungnahme des LandesSportBund Sachsen-Anhalt e.V.	<input type="checkbox"/>
26. haushaltsbegründende Unterlagen: Bilanz des Unternehmens oder Wirtschaftsplan für das laufende Jahr betreffend die eingestellten Mittel für die Einzelmaßnahme	<input type="checkbox"/>
27. Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsicht, sofern sich die Kommune an der Finanzierung beteiligt und die festgelegten Bagatellgrenzen, bis zu denen eine kommunalaufsichtliche Stellungnahme grundsätzlich nicht vorzuliegen braucht, überschritten werden	<input type="checkbox"/>
28. Einverständniserklärung der Kommune, dass sie mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens einverstanden ist, sofern sie Eigentümer der Sportstätte ist	<input type="checkbox"/>
29. Erklärung der Gemeinde, dass diese sich verpflichtet, bei Nichteinhaltung der Zweckbindungsfrist (z.B. wegen Insolvenz des Vereins oder des Unternehmens) weiterhin eine dem Verwendungszweck entsprechende Nutzung der Sportstätte zu ermöglichen, falls sich das Grundstück, auf dem die zu fördernde Sportstätte steht, Eigentum der Gemeinde ist	<input type="checkbox"/>
30. Notwendige Ergänzungen zur Überprüfung der Beihilferelevanz (Bitte Anlage 522 023 ausfüllen)	<input type="checkbox"/>

Auf der Grundlage der genannten Unterlagen wird eine Priorisierung der Vorhaben durchgeführt, über deren Ergebnis Sie durch das LVWA informiert werden.

Das Landesverwaltungsamt ist berechtigt, weitere Angaben und Unterlagen abzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind.

Ein solches Erfordernis der Vorlage weitergehender Angaben und ergänzender Unterlagen kann sich auch daraus ergeben, dass im Ergebnis der Antragsprüfung eine Beihilferelevanz nicht ausgeschlossen werden kann.

5. Erklärungen des Antragstellers

5.1. Allgemeine Erklärungen

- a) Ich/ Wir erklären, dass die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus für dieses Förderprogramm sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P bzw. ANBest-Gk) und die bei einer Bewilligung sich daraus für mich/ uns ergebenden Verpflichtungen bekannt sind. Ich/ Wir erkenne/n diese an. Es ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht und der Zuwendungsbescheid mit weiteren Nebenbestimmungen verbunden werden kann.
- b) Ich/ Wir erkläre/n, dass die unter Nr. 2.1. bezeichnete Sportstätte nicht ausschließlich oder überwiegend **für den Schulsport** genutzt wird,
- c) Ich/ Wir erkläre/n, dass die unter 2.1. bezeichnete Sportstätte nicht kommerziell genutzt wird. Unter kommerzieller Nutzung ist die Nutzung der Sportstätte mit der vordergründigen Absicht der Gewinnerzielung gemeint. Die Erhebung von niedrigeren Eintrittsgeldern, die dem Verein zugutekommen, wird nicht als kommerzielle Nutzung angesehen.
- d) Ich/ Wir erkläre/n, dass die Sportstätte nur Amateursportvereinen und deren Mitgliedern offenstehen darf, wobei Kooperationen mit Schulen und Kitas sowie die Nutzung der Sportstätte zur sportlichen Betätigung durch andere gemeinnützige Vereine (nicht Sport) und gemeinnützige Institutionen, die die Sportstätte kostenlos nutzen dürfen, unbedenklich sind.
- e) Ich/ Wir erkläre/n, dass für die Vergabe der Nutzungszeiten transparente und diskriminierungsfreie Verfahren vorgesehen sind, die durch die Vorlage der entsprechenden Unterlagen nachgewiesen werden.
- f) Ich/ Wir erkläre/n, dass das Vorhaben nicht im Auftrag Dritter durchgeführt wird oder werden soll.
- g) Ich/ Wir versichere/n, dass in den angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten sind, wenn diese gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) als Vorsteuer für uns abziehbar sind.
- h) Ich/ Wir erkläre/n, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides bzw. einer auf Antrag erteilten Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen wird. Uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn bereits der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages gilt.
- i) Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir für das zu fördernde Vorhaben über die in Ziffer 3.3. dieses Antrages genannten öffentlichen Förderungen hinaus keine weiteren Mittel beantragt, zugesichert oder bewilligt bekommen habe/n.
- j) Ich/Wir erkläre/n, dass die Maßnahme vollständig geplant und die Gesamtfinanzierung unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert ist.
- k) Ich/ Wir erkläre/n, dass ich/wir zahlungsfähig sind und gegen mich/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden ist und dass ich/wir unverzüglich dem LVwA mitteile/n, wenn bis zur Bewilligung des Antrags ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- l) Die von mir/uns gemachten Angaben im Antrag und in den beigefügten Unterlagen sind richtig und vollständig.
- m) Mir/Uns ist bekannt, dass das LVwA berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte/n uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/ Informationen/ Auskünfte zu erbringen/ zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen vor Ort für notwendig gehalten werden, so erkläre/n ich mich/wir uns damit einverstanden.
- n) Ich/ Wir entbinde/n die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 AO) gegenüber den für die Entscheidung über diesen Antrag zuständigen Behörden.

5.2. Erklärung zur Vergabe von Aufträgen

Mir/Uns ist bekannt, dass die Bewilligung der Förderung mit der Auflage verbunden wird, die einschlägigen Vorschriften über die Vergabe von Aufträgen zu beachten.

Aufträge bis zu einem Auftragsvolumen von 100.000 Euro je Los (ohne Umsatzsteuer) sind unter Einholung von mindestens drei Angeboten nach wirtschaftlichen und wettbewerblichen Gesichtspunkten an leistungsfähige Anbieter zu vergeben.

Bei Aufträgen über 100.000 Euro je Los (ohne Umsatzsteuer) sind folgende Vorschriften zu beachten:

- die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A).

Für öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB (BGBl. I 2005, S. 2114, in der jeweils gültigen Fassung) gelten darüber hinaus die vergaberechtlichen Vorschriften der §§ 97 ff. GWB und der Vergabeverordnung – VgV (BGBl. 2003, S. 169, in der jeweils gültigen Fassung) in Verbindung mit

- der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A) Abschnitt 2,
- der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A) Abschnitt 2,
- der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF),

bei Aufträgen, welche die in § 2 VgV festgelegten Auftragschwellenwerte erreichen oder überschreiten. Nach diesen Vorschriften ist ein Auftrag grundsätzlich europaweit auszuschreiben.

Öffentliche Auftraggeber, die in den persönlichen Anwendungsbereichen nach § 2 des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge in Sachsen-Anhalt vom 19.11.2012 – LVG LSA (GVBl. LSA 2012, S.536) fallen, haben ferner bei der Vergabe von Aufträgen unabhängig von den Schwellenwerten nach § 2 VgV die Regelungen des LVG LSA in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Öffentlichen Auftraggeber, die nach § 55 der Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt (LHO), § 29 der Gemeindehaushaltsordnung Doppik (GemHV Doppik) oder § 32 der Gemeindehaushaltsverordnung vom 22.10.1991 zur Beachtung des Vergaberechts verpflichtet sind, haben ferner bei der Vergabe von Aufträgen auch unterhalb der Schwellenwerte nach § 1 Absatz 1 LVG LSA die Regelungen des Landes zum öffentlichen Auftragswesen (Runderlass des MW vom 08.12.2010, MBl. LSA 2010, S. 675, in der jeweils gültigen Fassung) zu beachten.

Ich versichere/Wir versichern, dass mir/uns die einschlägigen vergaberechtlichen Vorschriften bekannt sind und dass die Vergabe von Aufträgen für das beantragte Vorhaben entsprechend dieser Regelungen erfolgt.

Mir/Uns ist bekannt, dass das Nichtbeachten der Vergabevorschriften den Widerruf der Zuwendung zur Folge haben kann.

5.3. Erklärung zu vorherigen Förderungen

Die im Antragsformular unter 2.1. bezeichnete Sportstätte wurde in den vergangenen 25 Jahren aus dem Programm Sachsen-Anhalt Sportstättenbau gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des kommunalen Sportstättenbaus und des Vereinssportstättenbaus gefördert.

nein ja

wenn ja:

1. Fördermaßnahme		Jahr der Förderung
Zweckbindung besteht noch? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Aktenzeichen	
2. Fördermaßnahme		Jahr der Förderung
Zweckbindung besteht noch? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Aktenzeichen	
3. Fördermaßnahme		Jahr der Förderung
Zweckbindung besteht noch? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Aktenzeichen	

6. Einwilligung in die Verarbeitung und in die Veröffentlichung meiner/ unserer personenbezogener Daten

Ich/Wir bin/ sind damit einverstanden, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung beim Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Magdeburg, Hakeborner Straße 1, 39112 Magdeburg erfasst, gespeichert und verarbeitet sowie an die mit der Durchführung der Förderung befassten Institutionen des Landes und an die für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme zuständigen Dienststellen des Landes übermittelt, von diesen erfasst und verarbeitet werden können.

Außerdem ist mir/ uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antragsvordruck geforderten Angaben zu machen (§ 4 Datenschutzgesetz Land Sachsen-Anhalt), die Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir/ uns bekannt, dass ich/wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann/können, die Bearbeitung dieses Förderantrages dann allerdings nicht mehr möglich ist.

7. Unterschriften

Ort, Datum	rechtsverbindliche Unterschrift(en) der/des Vertretungsberechtigten (Stempel/Dienstsigel)	Name(n) des/der Unterzeichner(s) (Bitte in Druckbuchstaben)